



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Mündliche Anfragen
für die Landratssitzung vom 25. November 2010**

Datum: 23. November 2010

Nummer: 2010-396

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Mündliche Anfragen****für die Landratssitzung vom 25. November 2010**

Vom 23. November 2010

1. Michael Herrmann: Sanierung Stallungen Hof Wildenstein

Seit Mitte der 90er Jahre warten die Pächter des Hofs Wildenstein (Eigentümer Kanton Basel-Landschaft) auf die dringend notwendige Sanierung der Stallungen. Dies nachdem die Regierung mehrmals Versprechungen abgegeben hat und der Kanton verpflichtet ist, diese Sanierungen vorzunehmen. Der Sanierungsbedarf wurde neben der Regierung auch vom Kantonstierarzt anerkannt und bestätigt.

Fragen:

1. Anerkennt die Regierung, dass beim aktuellen und bewilligten Betriebswirtschaftskonzept dringender Sanierungsbedarf der Stallungen vorhanden ist?
2. Wann können die Betreiber und Pächter des Hofs Wildenstein mit dieser dringenden Sanierung der Stallungen rechnen?
3. Was unternimmt die Regierung, um seine gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen in dieser Sache einzuhalten?

2. Rosmarie Brunner: Bericht zur Reorganisation und Optimierung der Polizei BL

Ziffer 2 des Landratsbeschlusses (Zusatzantrag der Justiz- und Sicherheitskommission) vom [15. Januar 2009](#) lautete:

Der RR wird beauftragt, ein Jahr nach Einführung der Reorganisation dem Landrat einen Bericht über die Umsetzung vorzulegen. Dieser wurde entgegen genommen und es wurde uns versprochen, dass dieses Anliegen und auch die Anliegen der 'Randregionen' wahrgenommen (sofern von solchen überhaupt gesprochen werden sollte) ernst genommen würden. So protokolliert im LR Protokoll vom 15. Januar 2009. Seit bald einem Jahr ist dieser Bericht nun überfällig.

Fragen:

1. Warum liegt der Bericht noch nicht vor?
2. Was sind die Gründe der Verzögerung?
3. Bis wann wird der Auftrag des Landrates erfüllt?
4. Warum werden die Anliegen des Landrates nicht ernst genommen?

3. Georges Thüring: Auslastung unserer Gefängnisplätze?

Offenbar wurden und werden Baselbieter Haftplätze ausserkantonale vermietet - und zwar zur "Platzierung" von Ausschaffungshäftlingen. Im Hinblick auf die Schaffung neuer Kapazitäten (= geplantes Gefängnis im neuen Strafjustizzentrum in Muttenz) stellen sich hier doch einige Fragezeichen.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass in Sissach vorhandene Haftplätze bereits an Basel-Stadt vermietet worden sind? Wenn ja, wofür werden die gebraucht?
2. Ist es richtig, dass sich Basel-Stadt nun auch im Gefängnis Laufen einmieten will - und zwar für Ausschaffungshäftlinge?
3. Sind noch weitere Ausmietungen vorgesehen?
4. Über wieviel Haftplätze verfügt unser Kanton gegenwärtig und wie sieht deren Auslastung aus respektive für welche Zwecke werden sie konkret verwendet?
5. Nachdem es sich unser Kanton offenbar leisten kann, bestehende Haftplätze auszumieten, ist dann angesichts solcher offenkundiger Überkapazitäten der Bau eines neuen Gefängnisses, wie das im Rahmen des geplanten Strafjustizzentrums ja vorgesehen ist, überhaupt notwendig?

4. Elisabeth Augstburger: Neue Verwaltungskostenbeiträge ab 2011 bei der AHV

Die AHV-Ausgleichskasse des Kantons Basel-Landschaft wird per 1. Januar 2011 eine neue Regelung betreffend Erhebung der Verwaltungskostenbeiträge einführen. Mit der neuen Regelung wird eine kostengerechte Belastung angestrebt. Die Prozentsätze für Selbständigerwerbende sind wie folgt festgelegt:

Einkommen in CHF	Prozentsatz
bis 50'000	5,0%
50'001 bis 60'000	4,0%
60'001 bis 70'000	3,5%
70'001 bis 80'000	3,0%
80'001 bis 100'000	2,5%
100'001 bis 200'000	2,0%
200'001 bis 400'000	1,5%
über 400'000	1,0%

Frage:

Warum werden die tiefen Einkommen derart stark belastet? Im Kanton Zürich z. B. betragen die Verwaltungskostenbeiträge bis 50'000 2,5 bzw. 2,0%.

5. Simon Trinkler: Wann wird die Wirtschaftsstudie des EuroAirports publiziert?

Bei Forderungen zur Beschränkung von Flugzeiten und Fluglärm des EAP hat die Regierung lange Zeit auf eine ausstehende Studie über die Wertschöpfung des EAP verwiesen. Man müsse zuerst ihre Ergebnisse abwarten, bevor man umfassend auf die Forderungen der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung eingehen könne.

Seit rund einem Jahr liegen die Ergebnisse der erwähnten Studie vor - Herr RR Ballmer hat mehrfach daraus zitiert - aber Regierung und EAP weigern sich noch immer, diese bekannt zu geben.

Weil Regierungsrat und EAP wiederholt die grosse Bedeutung der Wirtschaftsstudie für die Fluglärmdebatte betont haben, hat die betroffene Bevölkerung ein Recht auf die Kenntnis ihrer Ergebnisse.

Fragen::

1. Wann werden die Ergebnisse der Wirtschaftsstudie des EAP publiziert?
 2. Was ist der Grund für ihre lang dauernde Geheimhaltung?
 3. Enthält die Studie auch Angaben über die Wertverluste der fluglärm- betroffenen Immobilien, welche auf Schweizerseite nach einer Formel der ZH Kantonalbank mehrere Dutzende Millionen Franken betragen, sowie über weitere externe Kosten des EAP?
-

Landeskanzlei Basel-Landschaft